

**Gegen Postzustellungsurkunde**

Herrn  
Bernhard Brinkhoff  
Osterdammer Straße 47

49401 Damme

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen, meine Nachricht vom

**FD 6-11-2095-2011 II**

Der Landrat  
**Fachdienst 6.1**  
**Planen und Bauen**  
**Immissionsschutz**

Datum: 06.08.2014

Zimmer-Nr.:

Auskunft erteilt:

Durchwahl:

Tel. (0541) 501-

Fax: (0541) 501-

**I.**

**Ergänzungsbescheid**

Aufgrund Ihres Antrags vom 10.01.2014 wird gemäß

§ 16 (2) des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in der Neufassung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274) zuletzt geändert am 02.07.2013 (BGBl. I S. 1943) und der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (9. BImSchV vom 29.05.1992 (BGBl. I, S. 1001), in der Fassung vom 02.05.2013 (BGBl. I S. 3756),

- § 1 und 2 und der lfd. Nr. 7.1.7.1 des Anhangs Nr. 1 der 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) i. d. Fassung vom 02.05.2013 (BGBl. I S. 3756),

- der Verordnung über Zuständigkeiten auf den Gebieten des Arbeitsschutz-, Immissionsschutz-, Sprengstoff-, Gentechnik- und Strahlenschutzrechts sowie in anderen Rechtsgebieten (ZustVO-Umwelt-Arbeitsschutz) vom 27.10.2009 (Nds. GVBl. 2009, S. 374), zuletzt geändert am 07.02.2014 (Nds. GVBl. Nr. 4, S. 60)

**die immissionsschutzrechtliche Genehmigung vom 24.01.2013  
zur wesentlichen Änderung des Betriebes**

- **An- und Umbaumaßnahmen bei der bestehenden Anlage**

**ergänzt.**

Die beantragte Änderung beinhaltet folgende ergänzende Maßnahmen:

- Ausrüstung der Betriebseinheit 4 (Stallanbau mit 1.038 Mastschweineplätzen) mit einer Abluftreinigungsanlage (**Bauabschnitt 1**)
- Anschluss der Betriebseinheit 3 (bestehender Stall mit 1.038 Mastschweineplätzen) an eine Abluftreinigungsanlage (**Bauabschnitt 2**)
- Veränderung des Lüftungssystems

#### **Standort der Anlage:**

49565 Bramsche, Siemes Tannen  
Gemarkung: Kalkriese  
Flur: 1  
Flurstücke: 14/1 und 14/2

Diese **Genehmigungsergänzung ist, ebenso wie die übrigen Unterlagen**, in dem Betrieb **so aufzubewahren, dass sie jederzeit vorgelegt werden kann.**

**Diese behördliche Genehmigung schließt die nach § 59 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) erforderliche Baugenehmigung ein.**

## **II. Bedingung**

- Es wird zugelassen, dass die Nachweise über die Standsicherheit und die dazugehörigen Ausführungszeichnungen erst nach Erteilung der Genehmigung vorgelegt werden.

**Die Bauvorlagen sind so rechtzeitig bei der Genehmigungsbehörde einzureichen, dass sie unter Berücksichtigung der Prüfzeit für die bautechnische Prüfung bis zum Baubeginn bzw. vor Ausführung der entsprechenden Bauteile geprüft auf der Baustelle vorliegen.**

Ich weise darauf hin, dass die Zuwiderhandlung gegen diese Bedingung eine Ordnungswidrigkeit nach § 80 NBauO darstellt, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

## **III. Auflagen**

Fachdienst Planen und Bauen  
Veterinärdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück  
Landwirtschaftskammer Niedersachsen

1. Das Immissionsschutzgutachten der Landwirtschaftskammer Niedersachsen aus August 2013 ist als zusätzliche Antragsunterlage Bestandteil des BlmSchG-Antrages und auch Bestandteil der Genehmigung nach dem BlmSchG. Bei der Umsetzung von emissions- und immissionsmindernden Maßnahmen sind auch die in dem Gutachten getroffenen Annahmen verbindlich und beim Bau und Betrieb des Bauvorhabens zu beachten.

2. Die bestehenden 9 Abluftkamine der Betriebseinheit 2 müssen durch 4 Abluftkamine, die paarweise angeordnet werden sollen, ersetzt werden. Die Positionierung ist entsprechend dem Immissionsschutzgutachten aus August 2013 auszuführen (siehe Anlage II C). Die Abluftaustrittsöffnungen müssen bei der Betriebseinheit 2 mindestens 11 m über Grund liegen und dürfen keine Abdeckung haben.
3. Die Betriebseinheit 4 (1.038 Mastschweineplätze) ist mit einer DLG-zertifizierten Abluftreinigungsanlage entsprechend den Antragsunterlagen auszurüsten. Die Abluft ist zentral zu sammeln und der Abluftreinigungsanlage zuzuleiten. Die Abluftaustrittsöffnungen der Abluftreinigungsanlage müssen mindestens 13 m über Grund liegen und dürfen keine Abdeckung haben.
4. Die Betriebseinheit 3 (1.038 Mastschweineplätze) ist mit einer DLG-zertifizierten Abluftreinigungsanlage entsprechend den Antragsunterlagen bis spätestens 30.11.2018 auszurüsten. Die Abluft ist zentral zu sammeln und der Abluftreinigungsanlage zuzuleiten. Die Abluftaustrittsöffnungen der Abluftreinigungsanlage müssen mindestens 13 m über Grund liegen und dürfen keine Abdeckung haben.
5. Das Reingas darf keine rohgasspezifischen Qualitäten aufweisen. Die Geruchsstoffkonzentration des Reingases darf maximal 300 GE je m<sup>3</sup> Luft betragen.
6. Folgende weitere durchschnittlichen Emissionsminderungsgrade müssen durch die Abluftreinigungsanlage erfüllt werden:

Gesamtstaub	≥ 70 %
Ammoniak	≥ 70 %
7. Sofern die festgelegten Wirkungsgrade der Abluftreinigungsanlage nicht erreicht werden, behält sich der Landkreis Osnabrück gemäß § 12 Abs.2a BImSchG vor, diesen Bescheid nachträglich um weitere Auflagen zur Begrenzung von Emissionen zu ergänzen (Auflagenvorbehalt).
8. Es ist sicherzustellen, dass beim Betrieb der Anlage keine diffusen Abluftquellen z.B. offene Fenster oder Türen entstehen. Außerhalb der Entnahmezeiten müssen Gülleentnahmeschächte geschlossen bleiben.
9. Für die Abluftreinigungsanlage ist ein **Pflege- und Wartungskonzept** aufzustellen und der Genehmigungsbehörde innerhalb von 3 Monaten nach Zustellung des Genehmigungsbescheides vorzulegen. In diesem Konzept ist darzulegen, welche regelmäßigen Pflege- und Wartungsarbeiten durchgeführt werden, um einen ordnungsgemäßen Betrieb zu dokumentieren.

Es sind u.a. Angaben zu folgenden Punkten aufzunehmen:

- regelmäßige visuelle Kontrolle (mindestens wöchentlich)
  - gleichmäßige Durchströmung der Anlage (regelmäßige Messung mit Probenahmehaube und Anemometer (jährlich))
  - Druckdifferenzüberwachung (kontinuierlich)
  - pH-Wert-Messungen im Rücklaufwasser (mindestens vierteljährlich)
  - Maßnahmen bei Störungen
  - Angaben zu Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten
  - Führung eines Betriebstagebuches
10. Die Abluftreinigungsanlage ist mit einem sog. "elektronischen Tagebuch" auszustatten. Die in dem Pflege- und Wartungskonzept aufgeführten Maßnahmen sind durch den Anlagenbetreiber als Eigenkontrollmaßnahmen durchzuführen. Die Durchführung ist im Betriebstagebuch zu dokumentieren. Die Protokolle sind mindestens fünf Jahre aufzubewahren und der Genehmigungsbehörde auf Verlangen vorzulegen.

11. Eine Abnahmemessung durch eine Messstelle nach § 26 BImSchG muss innerhalb eines Jahres nach Inbetriebnahme, frühestens nach 4 Monaten und bei voller Belastung erfolgen. Sollten bei der Prüfung Mängel festgestellt werden, sind diese vom Anlagenbetreiber unverzüglich zu beseitigen. Die Beseitigung der Mängel ist vom Sachverständigen gegenüber der Genehmigungsbehörde zu bestätigen. Eine Wiederholungsmessung ist alle 3 Jahre notwendig. Eine Wiederholungsmessung ist auch **notwendig**, wenn zu befürchten ist, dass durch die Anlage schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden. Von einer Wiederholungsmessung **kann abgesehen** werden, wenn ein regelmäßiger Check – up durch eine zugelassene Messstelle vorgelegt wird. Das Ergebnis ist der Genehmigungsbehörde vorzulegen.
12. Der vorliegende **Wartungsvertrag** ist Bestandteil der Genehmigung. Das Ergebnis der Wartung ist zu protokollieren und der Genehmigungsbehörde unaufgefordert vorzulegen. Der ordnungsgemäße Zustand der Abluftreinigungsanlage ist im Ergebnis der Wartung zu bescheinigen.
13. Über die ordnungsgemäße Installation der Lüftungsanlagen und Abluftreinigungsanlage der Betriebseinheit 4 und der Betriebseinheit 3 bei Anschluss an die Abluftreinigungsanlage ist vor Inbetriebnahme der Stallungen eine Bescheinigung des Installateurs vorzulegen. Alle 3 Jahre, gerechnet ab dem Datum der Inbetriebnahme der Stallungen, ist die Lüftungsanlage durch ein Fachunternehmen überprüfen zu lassen. Durch Bescheinigung des Fachunternehmers ist nachzuweisen, dass die geforderten Leistungswerte der Lüftungsanlage weiterhin eingehalten werden. Diese Bescheinigung ist nach hier einzureichen.
14. In der Schweinehaltung wird ausschließlich stickstoff- und phosphor-reduziertes RAM Futter eingesetzt.
15. Die immissionsschutzrechtliche Abnahme wird angeordnet. Ein Abnahmetermin ist 4 Wochen vor der Inbetriebnahme der Betriebseinheit 4 und ein zweiter Abnahmetermin ist zwei Wochen vor Anschluss der Betriebseinheit 3 an die Abluftreinigungsanlage schriftlich bei der Genehmigungsbehörde zu beantragen.
16. Ich behalte mir ausdrücklich vor, nachträglich Auflagen bzw. Änderungen und Ergänzungen zu fordern (Auflagenvorbehalt).
17. Die Betriebseinheit 4 (Stallanbau) darf erst in Betrieb genommen werden, wenn diese mit einer Abluftreinigungsanlage (wie im Antrag dargestellt) ausgerüstet wurde.  
**Eine vorherige Belegung mit Tieren ist nicht gestattet.**
18. Bereits erteilte Auflagen und Hinweise im Genehmigungsbescheid vom 24.01.2013 behalten **(außer sie werden durch diesen aktuellen Bescheid geändert, ergänzt, aufgehoben oder ersetzt)** ihre Gültigkeit.
19. **Die später geplante Ausrüstung der Betriebseinheit 3** (bestehender Stall) ist dem Fachdienst Planen und Bauen (Immissionsschutz) **gemäß § 15 BImSchG anzuzeigen**.  
  
Der Bauaufsicht des Fachdienstes Planen und Bauen sind gleichzeitig entsprechende **Bauanträge für die beabsichtigte Maßnahme bei der Betriebseinheit BE 3 vorzulegen**.  
  
**Die Bauvorlagen sind so rechtzeitig bei der Bauaufsichtsbehörde einzureichen, dass sie unter Berücksichtigung der Prüfzeit bis zum Baubeginn bzw. vor Ausführung der entsprechenden Bauteile geprüft auf der Baustelle vorliegen.**

20. Hinsichtlich des angedachten Zeitraumes für die Realisation der Bauabschnitte ist folgendes zu beachten:

Eine zwischenzeitliche wesentliche Änderung der tierschutzrechtlichen Vorgaben ist nicht auszuschließen.

**Vor Durchführung der baulichen Maßnahmen** sind diese dem Veterinärdienst spätestens **3 Monate zuvor anzuzeigen und gegebenenfalls aktuelle Unterlagen zu den tierschutzrechtlich relevanten geplanten Parametern** (insbesondere zu den Buchtengrößen, zu den Fütterungs- und Tränkeeinrichtungen sowie zu den Lichteinfallflächen und dem Beschäftigungsmaterial) **vorzulegen**.

21. Nach Fertigstellung und Inbetriebnahme der Betriebseinheit 4 (geplanter Anbau) ist zusätzlich zu dem gesamten in der Stallanlage anfallenden Wirtschaftsdünger, das gesamte in der Abluftreinigungsanlage anfallende Abwasser (ca. 415 m<sup>3</sup> mit 1.741 kg Stickstoff) an die Landwirtschaftliche Nährstoffbörse Bersenbrück (LNB) zur ordnungsgemäßen und nachvollziehbaren Verwertung abzugegeben.

## IV. Hinweise

1. Aufgrund des angedachten Zeitraumes für die Realisation der beiden Bauabschnitte wird die Geltungsdauer dieses Bescheides auf 10 Jahre verlängert.  
Auf Antrag kann die Behörde diese Frist gem. § 18 BImSchG weiterhin aus wichtigem Grund verlängern, wenn dadurch der Zweck des Gesetzes nicht gefährdet wird, **der Antrag ist vor Fristablauf zu stellen**.
2. Dieser Bescheid wird bestandskräftig,
  - a) nach einem Monat, wenn kein Widerspruch eingelegt wurde
  - b) im Falle eines Verwaltungsstreits, spätestens zu dem Zeitpunkt, in dem dieser Bescheid durch letztinstanzliches Urteil bestätigt wird.
3. Ein Widerspruch hat aufschiebende Wirkung.

Sollten Sie trotzdem vor Ablauf der Rechtsmittelfrist mit den Bauarbeiten beginnen, besteht für Sie keine Möglichkeit, gegen den Landkreis Osnabrück nach § 839 BGB bzw. aus einem enteignungsgleichen Eingriff einen Schadensersatzanspruch geltend zu machen.

**Ich mache darauf aufmerksam, dass der Vertrauensschutz erst nach Unanfechtbarkeit der Genehmigung wirksam wird.**

## V. Sachverhalt und Verfahrensablauf

Herr Brinkhoff hat einen Änderungsantrag zur BImSchG- Genehmigung vom 24.01.2013 Az.: FD 6-11-2095-2011 gestellt. Der Abluftwäscher soll im ersten Bauabschnitt die Stallabluft aus der Betriebseinheit 4 filtern. Somit werden 1.038 Mastschweineplätze von 2.916 Mastschweineplätzen an die Abluftreinigungsanlage angeschlossen.

In einem zweiten Bauabschnitt soll bis spätestens 30.11.2018 auch die Betriebseinheit 3 mit 1.038 Mastschweineplätzen an die Abluftreinigungsanlage angeschlossen werden. Nach Fertigstellung dieses zweiten Bauabschnittes werden 2.076 Mastschweineplätze von 2.916 Mastschweineplätzen (das entspricht 71,2 % des Gesamtbestandes) an die Abluftreinigungsanlage angeschlossen.

Geplant ist ein 1-stufiger biologischer Rieselbettreaktor zur Minderung von Geruch, Ammoniak und Staub der RIMU-Agrartechnologie GmbH, Königsbrunn. Diese Abluftreinigung ist nach dem Cloppenburg-Leitfaden und der DLG-Nachzertifizierung (Nr. 08-351) als geeignet anzusehen. Für diese Abluftreinigungsanlage werden folgende Reinigungsleistungen angegeben: a) Geruchsreduzierung: Reingasgehalt kleiner 300 GE, kein Rohgasgeruch wahrnehmbar, Eigengeruch nach 100 m abgebaut; b) Staubreduzierung: > 70 %; c) Ammoniakreduzierung: > 70 %.

Ebenfalls sollen die Abluftquellen gegenüber dem genehmigten Zustand verlagert werden. Demnach sollen für den ersten Bauabschnitt die Betriebseinheiten 3 und 4 nicht über eine Zentralabsaugung verfügen, sondern über zwei Lüftungssysteme. Des Weiteren sollen die bestehenden 9 Abluftkamine der Betriebseinheit 2 durch 4 Abluftkamine, die paarweise angeordnet werden sollen, ersetzt werden.

Im Rahmen dieses Änderungsantrags ist ein Immissionsschutzgutachten (August 2013) durch die LWK Niedersachsen erstellt worden zur Prognose und Beurteilung der Ammoniakimmissionen und der N-Deposition in Wald. In dem Immissionsschutzgutachten wurde die einstufige nasschemische Abluftreinigungsanlage der Firma Reventa, Horstmar berücksichtigt. Als Minderungsgrade wurde in dem Immissionsschutzgutachten eine Reduktion von 70 % Ammoniak berücksichtigt. Innerhalb dieses Immissionsschutzgutachtens ist weiterhin beschrieben, dass im Rahmen eines Immissionsmanagementplanes auf Grundlage des § 6 (3) BImSchG, die Betriebseinheit 3 mit 1.038 Mastschweineplätzen mittelfristig gesehen ebenfalls an eine Abluftreinigungsanlage anzuschließen ist. Dieses ist innerhalb des vorliegenden Änderungsantrags bereits enthalten.

Die Ergebnisse des Immissionsschutzgutachtens aus August 2013 zu der Ammoniakkonzentration und Stickstoffdeposition unter Berücksichtigung des Einbaus der Abluftreinigungsanlage in die Betriebseinheit 4 und die Verlagerung der Abluftquellen der Betriebseinheit 2 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Durch die Ausrüstung der 1.038 Mastplätze in der Betriebseinheit 4 mit einer Abluftreinigungsanlage gem. vorgelegtem Konzept werden sich die Ammoniakemissionen von 8.486 kg NH<sub>3</sub>/a auf 6.371 kg NH<sub>3</sub>/a reduzieren.

Gegenüber der westlich des Anlagenstandortes befindlichen Waldfläche werden sowohl im gegenwärtigen als auch im genehmigten und geplanten (Plan 1-) Zustand Teilbereiche mit mehr als 3 µg/m<sup>3</sup> belastet (siehe Anlage III A, III B und III CA). Jedoch verringern sich die Immissionswerte innerhalb dieser Waldfläche deutlich (vgl. Anlage III CB des Immissionsschutzgutachtens).

Weiterhin wurde überprüft, ob die von dem Stallbauvorhaben ausgehende Stickstoffzusatzdeposition entsprechend des Gemeinsamen Runderlasses des Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz und des Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung vom 01. August 2012 (veröffentlicht am 29.08.2012) zur Durchführung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens; hier: Schutz stickstoffempfindlicher Wald-, Moor- und Heideökosysteme, Hinweise für die Durchführung der Sonderfallprüfung nach Nummer 4.8 TA Luft, den Abscheidewert von 5 kg N/ha\*a unterschreitet.

In Anlage I V CA des Immissionsschutzgutachtens aus August 2013 wird dargestellt, dass die zusätzlich eingetragene Stickstoffmenge in die Waldflächen im Umfeld der Tierhaltung Brinkhoff, in Teilbereichen sowohl im gegenwärtigen als auch im genehmigten und geplanten Zustand (**Plan 1**) über 5 kg N je Hektar und Jahr liegt. Im Plan 1- Zustand verringern sich diese Eintragsmengen auf maximal 36 kg N je Hektar und Jahr innerhalb der Waldflächen, während in der gegenwärtigen Situation maximal 64 kg N je Hektar und Jahr und in der genehmigten Situation maximal 40 kg N je Hektar und Jahr emittiert werden.

Im Zuge des weiteren Anschluss der Betriebseinheit 3 an die Abluftreinigungsanlage werden sich die Ammoniakemissionen weiter reduzieren auf 4.257 kg NH<sub>3</sub>/a.

Die Ergebnisse der Berechnungen für diesen Plan-Zustand 2 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Gegenüber der westlich des Anlagenstandortes befindlichen Waldfläche werden auch im geplanten Plan 2- Zustand Teilbereiche mit mehr als 3 µg/m³ belastet (siehe Anlage III DA). Jedoch verringern sich die Immissionswerte innerhalb dieser Waldfläche nochmals deutlich (vgl. Anlage III DB des Immissionsschutzgutachtens).

Weiterhin wurde überprüft, ob die von dem Stallbauvorhaben ausgehende Stickstoffzusatzdeposition entsprechend des Gemeinsamen Runderlass des Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz und des Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung vom 01. August 2012 (veröffentlicht am 29.08.2012) zur Durchführung des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens; hier: Schutz stickstoffempfindlicher Wald-, Moor- und Heideökosysteme, Hinweise für die Durchführung der Sonderfallprüfung nach Nummer 4.8 TA Luft, den Abscheidewert von 5 kg N/ ha\*a unterschreitet.

In Anlage I V DA des Immissionsschutzgutachtens aus August 2013 wird dargestellt, dass die zusätzlich eingetragene Stickstoffmenge in die Waldflächen im Umfeld der Tierhaltung Brinkhoff, in Teilbereichen auch im Plan- Zustand 2 über 5 kg N je Hektar und Jahr liegt. Im **Plan 2- Zustand** verringert sich diese Eintragsmenge auf maximal 30 kg N je Hektar und Jahr innerhalb der Waldflächen und reduziert sich somit gegenüber dem Plan-Zustand 1 weiter.

Durch die zusätzliche Ausstattung der bestehenden Stallungen mit einer Abluftreinigungsanlage sind keine nachteiligen Auswirkungen auf die Immissionssituation zu erwarten.

Die immissionsschutzrechtliche Abnahme für diese Abluftreinigungsanlage ist sowohl vor Inbetriebnahme der Betriebseinheit 4 wie auch vor Inbetriebnahme der erweiterten Abluftreinigungsanlage inkl. Anschluss der BE 3 erforderlich.

Im Rahmen des Verfahrens wurden von folgenden Behörden und Träger öffentlicher Belange Stellungnahmen abgegeben:

Stadt Bramsche, Landwirtschaftskammer Niedersachsen (Außenstelle Bersenbrück), Veterinärdienst für Landkreis und Stadt Osnabrück sowie der Fachdienst Planen und Bauen. Es wurden keine negativen Stellungnahmen vorgelegt.

Das Verfahren wurde und wird gem. § 16 (2) BImSchG und den §§ 1 – 7, 11, 13, 20 – 21 der 9. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes – 9. BImSchV vom 29.05.1992 (BGBl. I S. 1001) in der zur Zeit geltenden Fassung durchgeführt.

Die zuständige Behörde soll von der öffentlichen Bekanntmachung des Vorhabens sowie der Auslegung des Antrags und der Unterlagen absehen, wenn der Träger des Vorhabens dies beantragt (**ein entsprechender Antrag liegt vor**) und **erhebliche** nachteilige Auswirkungen auf die in § 1 genannten Schutzgüter nicht zu besorgen sind (**durch die nunmehr beantragte zusätzliche Ausrüstung der Betriebseinheiten 4 (1. Bauabschnitt) und 3 (2. Bauabschnitt) verbessert sich die Immissionssituation**). Ungeachtet dessen wird der Bescheid aus Vorsorgegründen mit einem Auflagenvorbehalt versehen.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass unter Berücksichtigung der verfügbaren Nebenbestimmungen gem. § 12 BImSchG die Betreiberpflichten gem. § 5 BImSchG sichergestellt werden und somit keine Tatsachen vorliegen, die eine Ablehnung rechtfertigen würden; dem Antrag war daher gem. § 6 BImSchG zu entsprechen.

## VI. Kosten

Sie haben die Kosten des Genehmigungsverfahrens (Gebühren, Auslagen, einschließlich der bauaufsichtlichen Genehmigung und Prüfung der Statischen Unterlagen) zu tragen.

**Über die Höhe der Kosten ergeht ein gesonderter Bescheid.**

Die Kostenlastentscheidung beruht auf den §§ 1, 5, 9 und 13 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes (NVwKostG) sowie § 1 der Allgemeinen Gebührenordnung (AllGO) und der lfd. Tarif-Nr. 44 des Kostentarifs in der derzeit geltenden Fassung.

### **R e c h t s b e h e l f s b e l e h r u n g**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch eingelegt werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück einzulegen.

Der Widerspruch kann auch in elektronischer Form eingelegt werden, sofern er mit einer qualifizierten elektronischen Signatur im Sinne des Signaturgesetzes versehen ist. Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten, die sich u. a. aus dem im Impressum der Landkreis-Homepage ([www.landkreis-osnabrueck.de](http://www.landkreis-osnabrueck.de)) befindlichen elektronischen (pdf-)Dokument „Grundsätze zur elektronischen Kommunikation“ ergeben. Es gelten insbesondere die in diesem Dokument enthaltenden Ausführungen zu den „formgebundenen Vorgängen“.

Mit freundlichem Gruß  
Im Auftrage

**Anlage (Antrag)**